

- Gesicht zeigen gegen braunen Ungeist -

ANKSTUß DIE LINKE.

SAALFELD-RUDOLSTADT

Mitteilungen und Informationen aus dem Kreisverband - Februar 2012

Feinde der Demokratie

Gemäß § 3 Bundesverfassungsschutzgesetz hat das Bundesministerium für Verfassungsschutz gemeinsam mit den Landesbehörden für Verfassungsschutz (LfV) „Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen“ zu sammeln und auszuwerten über Bestrebungen, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder
- gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 GG), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

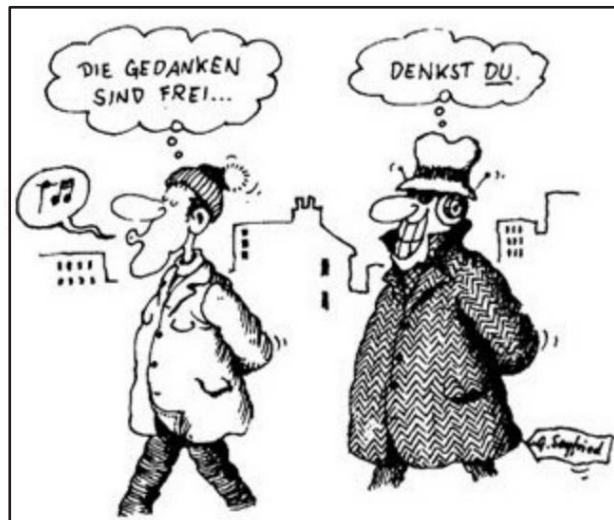
Der Reihe nach. Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne der Legaldefinition des § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes zählen:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

27 Abgeordnete der Linksfraktion im Bundestag auf dieser Grundlage zu beobachten ist genauso lächerlich wie überflüssig, denn allein das Verdachtsmoment ist nicht auffindbar. Welche Rolle der Verfassungsschutz bei der Bekämpfung neonazistischer Terrorzellen spielt, während er Dietmar Bartsch und die Vizepräsidentin des Bundestages Petra Pau „beobachtet“, ist ohnehin ein Kapitel für sich. Aber es heißt im Grundgesetz auch wörtlich „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ So? Es sollte also den höchsten Idealen des Grundgesetzes gerecht werden, direkte Demokratie durch Volksabstimmungen zu fördern und durchzusetzen, wo immer es geht – ganz besonders bei solch fundamentalen Fragen wie der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei der Führung von Kriegen (die je nach Lesart aufgrund von gleich zwei

der ganz oben genannten Kriterien vom Verfassungsschutz beobachtet werden müssten) und bei der Frage des Eigentums der Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Energienetze, Straßen und Bahn. Nur eine Lesart? Der Einfluss von Wirtschaftsverbänden in Parlamenten und Regierungen erzielt seine Höhepunkte in solchen Entscheidungen wie der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken, den Mandatserteilungen für Kriegseinsätze, dem Kampf der CDU/CSU zur Privatisierung der Bahn – um nur wenige einschlägige Beispiele zu nennen, Beispiele, bei denen Wille und Wohl des Volkes nachweislich wenig Beachtung fanden. In welchem Zusammenhang steht das mit der Frage der Verfassungsmäßigkeit? Wenn ein Mitglied der Linkspartei diese Auswüchse des Lobbyismus der Rüstungs-, Energie- und Stahlindustrie kritisiert und darauf hinweist,

dass deshalb der Parlamentarismus in einem Problem steckt, wie verfassungsfeindlich kann man ihn oder sie dann nennen? Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) sprach im Nachgang der AKW-Laufzeitverlängerung von „einer Erfahrung von Lobbyismus und wirtschaftlicher Interessenvertretung“, die ihre Interessen „sehr deut-



lich, sehr massiv und sehr finanzstark“ dargebracht hatte. Sigmar Gabriel (SPD) zum gleichen Thema: „So dreist ist in Deutschland noch nie der Eindruck erweckt worden, Politik sei käuflich. Die haben Geld geboten – und die anderen haben danach Gesetze gemacht.“ Die Grünen machen ähnliche Bemerkungen. Fast alle waren sich plötzlich einig, dass Lobbyismus für Gesetzgeber und Regierung ein Problem sind, immerhin Verfassungsorgane! Nur DIE LINKE besitzt an dem Punkt noch die Konsequenz, direkte Demokratie einzufordern und die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien zu erwägen – eine logische Konsequenz zur Lösung des Lobbyismus-Problems. Das allerdings ist in diesem Land Linksextremismus, wird verfassungsrechtlich beobachtet und führt in Bayern dazu, für Politiker und Mitglieder der Linkspartei das Berufsverbot im öffentlichen Dienst einzuführen – auf Geheiß der Christlich Sozialen Union. Da schaut man unweigerlich wieder staunend auf die oben genannten Kriterien.

Thomas Pätzold

100 Tage „Aufklärung“

Ein viertel Jahr ist nun vergangen seit dem Tag, an dem in Eisenach ein Wohnmobil ausbrannte und in Zwickau eine Wohnung explodierte. Was Ermittler in den Schutthaufen beider Brandstellen fanden, markierte den Beginn eines politischen Skandals um eine beispiellose Mordserie, die obskure Rolle des Staates und systematisches Vertuschen bis in die Gegenwart. Vor ein paar Tagen fanden wieder Hausdurchsuchungen statt. Erneut wurden Neonazis durchsucht, die verdächtigt werden, mutmaßliche Unterstützer der so genannten „Zwickauer Zelle“ zu sein. Die Razzia traf zum einen extreme Rechte die bislang für legale Szeneläden bekannt waren und sich am Verkauf von rechter Symbolik und Markenklamotten bereicherten, wie zum Beispiel Frank Liebau aus Laasdorf (Saale-Holzland-Kreis), der knapp zehn Jahre lang einen rechten Modeladen in Jena betrieb. Zum anderen wurden Neonazis durchsucht, die in internationalen Blood & Honour („Blut & Ehre“) Strukturen aktiv sind. Ein straff organisiertes Netzwerk, das zum Aufbau konspirativer Strukturen, zur Organisierung von Konzerten, der Herstellung und dem Vertrieb von Musik-CDs und dem Aufbau gewalttätiger Terrorzellen dient. Mit dem militanten Arm „Combat 18“ und dem Prinzip des „führerlosen Widerstandes“ war die internationale Naziorganisation zweifelsohne Leitbild des NSU. Immer wieder wurde in Publikationen des konspirativ organisierten Netzwerks gefordert, den „Rassenkrieg“ vorzubereiten: man müsse „geheime Strukturen schaffen und bereit sein, sein Leben zu opfern“. Die Ermittler hatten die jetzt Durchsuchten bereits 1998 auf dem Schirm, 2000 führten Ermittlungen direkt in das politische Umfeld der NSU. Der jetzige Zugriff kommt über zehn Jahre zu spät. Die Liste an Pannen und Schlapereien ist lang, diejenige über Obskuritäten bei Interventionen von staatlichen Stellen ebenso. Nach Medienberichten seien ein halbes Dutzend Spitzel rund um das Trio eingesetzt gewesen, unter ihnen auch Tino Brand aus Rudolstadt. Er bekam über den Verfassungsschutz 200.000 DM, die er dazu nutzte, den rechtsextremen „Thüringer Hei-

matschutz“ weiter aufzubauen, jene Gruppierung, in der auch das Nazi-Trio aktiv war. In Chemnitz hätten Ermittler bei Observationen geschlampt und in Hessen wäre sogar ein VS-Mitarbeiter bei 6 Morden anwesend gewesen, lauten andere Vorwürfe. Im November 2011 fiel die Bundesrepublik aus allen Wolken, als bekannt wurde, dass die rechte Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) zehn Menschen ermordet hatte, und die Behörden waren erstaunt, dass sie keine Kenntnis von der Existenz jener Zelle hatten. Doch statt all die ungeheuerlichen Vorfälle aufzuklären, versteckt man sich lieber hinter einer Mauer aus Schweigen und versucht durch martialische Einsätze mit Hubschraubern und GSG9-Eliteeinheiten wenigstens noch etwas Anschein von Aufklärung zu bewahren. Nach außen versprechen Regierungspolitiker eine „zügige, umfassende Aufklärung“ (Markus Ulbig, Innenminister Sachsen) und „absolut schonungslose Offenheit“ (Jörg Geibert, Innenminister Thüringen), faktisch jedoch wird nur noch bewusst getäuscht und gelogen. Untersuchungsausschüsse werden wie in Sachsen gänzlich unterbunden oder wie in Thüringen Antworten in den betreffenden Ausschüssen gänzlich verschwiegen. Man kann in den Ländern nicht aufklären, weil der Generalbundesanwalt sich dagegen stemmt, man kann auf Bundesebene nicht aufklären, weil die Länder sich dagegen sperren und man kann in den Landesausschüssen nicht aufklären, weil die Innenminister ihr Veto einlegen. Das Wort „Aufklärung“ gerät im Zuge der NSU-Ermittlungen zur reinen Farce. Doch warum diese energische Vertuschung, hat da jemand Angst, dass noch viel Brisanteres in diesem Zusammenhang ans Tageslicht gerät? Angst davor, dass plötzlich die eigene VS-Behörde - wie in Thüringen mit 95 Mitarbeitern - bedingt durch weitere Skandale in ihrer Existenz bedroht wird, schließlich dicht machen muss und man statt vermeintlich cooler James-Bond-Spielchen und Allmachts-Phantasien dann nur noch langweilige Bußgeldbescheide an Verkehrssünder ausstellen darf? Rum wie num: Verfassungsschutz endlich auflösen!

Matt

Internationaler Frauentag

Liebe Genossinnen,
wir möchten euch auch dieses Jahr ganz herzlich zu einem unterhaltsamen Nachmittag anlässlich des Internationalen Frauentages einladen.
Für die kulturelle Umrahmung werden auch dieses Jahr Uschi Amberger und Toni Steidl sorgen.
Wir freuen uns auf ein paar schöne Stunden mit euch.

Wo: Lokal K'Star (ehemals Palastkino) Brudergasse 10, Saalfeld
Wann: 10. März 2012 - 14:30 Uhr

„Das glaubt mir doch kein Mensch“ 2. Teil

Lieder und Geschichten von und mit Uschi Amberger und Toni Steidl

Unkostenbeitrag: 7,-€
Karten über die Basisgruppen bzw. an der Nachmittagskasse
Einlass ab 13:30 Uhr



Berichte aus dem Kreisvorstand

Aus aktuellen Gründen fand am 09.01.2012 eine zusätzliche Kreisvorstandssitzung statt und befasste sich vor allem mit der weiteren Vorbereitung der bevorstehenden Bürgermeister- und Landratswahlen. Seit der letzten Kreisvorstandssitzung hatte sich eine weitere Entwicklung vollzogen. Für die Städte Bad Blankenburg, Rudolstadt und Saalfeld sind bis spätestens Februar die Bürgermeisterkandidaten in den Ortsgruppen benannt. Für die Wahl des Landrates hatte sich zwischenzeitlich eine dritte Variante ergeben, die vom Kreisvorstand jedoch kritisch gesehen und für die weitere Diskussion ausgeschlossen wurde.

In der Diskussion der beiden bisherigen Varianten beschloss der Kreisvorstand, die Basisgruppen in Vorbereitung der Gesamtmitgliederversammlung über den aktuellen Stand in Kenntnis zu setzen. Dazu wurden die Vorsitzenden der Basisgruppen für den 16.01.2012 eingeladen.

Im Kreisvorstand wurde weiter herausgearbeitet, dass bereits jetzt die Vorbereitung der nächsten Wahlen für die Stadt- und Gemeinderäte des Kreisgebietes begonnen werden muss, um möglichst viele Genossinnen und Genossen für die Mitarbeit zu gewinnen.

Im weiteren Verlauf der Kreisvorstandssitzung gab der Schatzmeister einen Kurzbericht zum Finanzplan und die Möglichkeiten zu dessen Erfüllung.

Der Internetauftritt der Kreisparteiorganisation ist in weiterer Überarbeitung und wird bis Ende Januar 2012 abgeschlossen.

Hubertus Grosser

Zu unserer turnusmäßigen Kreisvorstandssitzung am 23.01.2012 im HASKALA begrüßten wir als Gast den Kreisvorsitzenden der SPD, Marko Wolfram, um gemeinsam über die Zusammenarbeit LINKE - SPD sowie das überarbeitete Strategiepapier zu beraten. Diese Thematik lockte auch die OTZ an, die erstmals einen Redakteur in unsere Vorstandssitzung beorderte und danach in gewohnt tendenziöser Art darüber berichtete.

Marko Wolfram informierte über die bisherige Zusammenarbeit der Kreistagsfraktionen, die Entstehung und den gegenwärtigen Arbeitsstand des Strategiepapiers. Er betonte die großen Schnittmengen in der Programmatik beider Parteien und unterstrich den Wert dieser Vereinbarung für die Arbeit im Kreistag und zwar unabhängig von der Landratswahl. Gleichzeitig warb er für die Unterstützung der Landrätin im Wahlkampf. In der anschließenden Diskussion ging es um die künftige Ausgestaltung der Zusammenarbeit, die Notwendigkeit eines toleranten Umgangs miteinander sowie die Einbeziehung von BI und Grünen in diesen Prozess. Mit Blick auf die Presse verwies Götz Kölbl darauf, dass es sich bei dem Papier weder um einen Aufruf zum Sozialismus noch um eine Vereinnahmung der SPD handelt. Außerdem stünden die formulierten Ziele unter dem Vorbehalt der Haushaltslage. Rege debattiert wurde auch die Frage, ob das Strategiepapier ein Vertrag der Kreisverbände oder der Fraktionen sein soll und wer es unterzeichnet.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Beratung mit den Basisgruppenvorsitzenden ausgewertet sowie die Gesamtmitgliederversammlung am 28.01.12 inhaltlich und organisatorisch vorbereitet. Außerdem befassten wir uns mit der neu erstellten Website und legten per Beschluss die Zuständigkeiten fest. Als Administrator soll Thomas Pätzold fungieren, für den Rudolstädter Teil zeichnet Götz Kölbl verantwortlich. Für die Bereiche Saalfeld und Bad Blankenburg sollen in Kürze personelle Festlegungen getroffen werden.

Doris Födisch

Das neue Jahr...

... steht kurz bevor. So hatte ich im November-Anstoß einen Beitrag begonnen, um Euch an die Abrechnung der Beiträge und Spenden zu erinnern. Die überwiegende Mehrheit hat dies auch pünktlich und vollständig erledigt, vielen Dank dafür. Inzwischen ist auch dieses neue Jahr bereits wieder 5 Wochen alt und wir haben schon eine ganze Reihe von Aktivitäten und Höhepunkten hinter uns. Dennoch an dieser Stelle noch mal ein kurzer Rückblick auf das Jahr 2011 und zwar - wie Ihr es von Eurem Schatzmeister erwarten könnt - eine kurze Abrechnung der Finanzen unseres Kreisverbandes, verbunden natürlich mit einem Ausblick auf 2012. Auch wenn ich die endgültigen Zahlen erst in dieser Woche vom Landesschatzmeister erhalten werde, die bisherige Einschätzung besagt, dass wir noch von einer soliden finanziellen Basis ausgehen können. Wir haben zwar die geplanten Einnahmen durch Beiträge, Spenden und Mandatsträgerbeiträge nicht erreichen können, vor allem bedingt durch einen höheren Mitgliederrückgang als ursprünglich erwartet. Damit verringerten sich jedoch auch die Abführungen an den Landesverband. Mit Einsparungen in einigen Positionen des Geschäftsbetriebes (Miete, Kopierkosten, Telefon) und geringeren Ausgaben für die politische Arbeit (die aber eigentlich nicht angestrebt worden waren) können wir das Jahr sogar mit einer leichten Erhöhung unserer finanziellen Mittel abschließen. Das ermöglicht uns auch, die wichtigen politischen Höhepunkte dieses Jahres, also die Bürgermeister- und Landratswahlen materiell ordentlich ausgestattet in Angriff zu nehmen. Das ist nicht zuletzt auch Euer Verdienst, denn immerhin hat mein Spendenaufruf zur Sicherung des Kommunalwahlfonds fast 1.600 € eingebracht. Zusammen mit den geplanten Mitteln und den Zuschüssen durch den Landesvorstand lässt sich der Wahlkampf in den drei großen Städten unseres Kreises (so der aktuelle Stand der bekannten Kandidaturen) damit ohne große finanzielle Abstriche an der „normalen“ Arbeit organisieren.

Ich hatte eingangs von einer „noch soliden finanziellen Basis“ gesprochen - die Prognose für die nächsten Jahre ist jedoch weniger optimistisch. Wenn wir Anfang 2010 noch knapp 350 Mitglieder registriert und 2011 noch mit einem Jahresmittel von 320 gerechnet hatten, so sind wir zu Beginn des Jahres 2012 bereits unter die Zahl von 300 Mitgliedern gerutscht. Auf Grund des Altersdurchschnitts unserer Genossen ist auch zukünftig mit weiterem Rückgang zu rechnen. Dies hat natürlich unmittelbare Auswirkungen auf die finanziellen Spielräume in den kommenden Jahren. Deshalb sollte die wichtigste Aufgabe aller unserer Mitglieder sein, weitere Mitstreiter für uns zu gewinnen (gern natürlich auch mit höheren Beiträgen...) sowie von sich aus nach Möglichkeiten für die finanzielle Stärkung unseres Kreisverbandes zu suchen, z.B. durch Erhöhung der monatlichen Beiträge oder regelmäßige Spenden (die ja unmittelbar unserer Arbeit vor Ort zu Gute kommen) - auch ohne gesonderten Aufruf.

Im Landesverband ist das Problem des Mitgliederrückgangs ebenfalls erkannt worden. In einer entsprechenden Kommission wird über neue Ausrichtungen und Strukturen innerhalb des Landes nachgedacht und eine Diskussion an der Basis vorbereitet. Ziel ist es, diese Diskussion auf dem Landesparteitag im Herbst dieses Jahres in einen Beschluss zu Strukturreformen münden zu lassen, der dann möglicherweise auch langfristig finanzielle Auswirkungen haben kann. Der Kreisvorstand wird euch dazu in den nächsten Monaten auf dem Laufenden halten.

Manfred Pätzold, Schatzmeister

Dessau – Polizei versucht mit dem Knüppel Tatsachen zu schaffen

„Oury Jalloh – Das war Mord“ – seit der aus Sierra Leone stammende Mann im Januar 2005 in einer Gefangenzelle auf dem Dessauer Polizeirevier verbrannte, verstummen die Vorwürfe gegen die Verantwortlichen – insbesondere einen Dienstgruppenleiter der Polizeiinspektion – nicht. Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen schenken der offiziellen Todesursache keinen Glauben: Der Argumentation der Polizei folgend soll sich der gefesselte Jalloh auf einer feuerfesten Matratze in seiner Gewahrsamszelle selber angezündet haben. Bei einer Obduktion wurde festgestellt, dass Jalloh verschiedene, zuvor nicht protokollierte Verletzungen aufwies, unter anderem einen Nasenbeinbruch.

Angeklagte Polizeibeamte wurden in erster Instanz im Dezember 2008 freigesprochen. In der Begründung warf der Vorsitzende Richter der Dessauer Polizei „Schlamperei“ vor und kritisierte „Falschaussagen der Beamten“, die ein rechtsstaatliches Verfahren und die Aufklärung des Sachverhaltes verhindert haben. Die Mutter von Jalloh, welche die Nebenklage führt, legte ebenso wie die Staatsanwaltschaft Revision gegen den Freispruch der Beamten ein. In der Folge wurde im Januar 2010 der Freispruch des Dienstgruppenleiters durch den Bundesgerichtshof aufgehoben. Die Vorsitzende Richterin attestierte der Dessauer Polizei in diesem Zusammenhang mangelnde Aufklärungsbereitschaft. Nun wird der Fall neu verhandelt.

Seit dem Tod von Jalloh finden – nicht nur in Dessau – regelmäßige Trauerzüge und Demonstrationen statt. So auch am 7. Januar 2012, dem 7. Todestag von Jalloh. Wie so oft zuvor wurde der Slogan „Oury Jalloh – das war Mord“ gerufen und auf Transparenten gezeigt. Dass diese Äußerung vom Grundsatz der Meinungsfreiheit gedeckt ist, hatten bereits zuvor Gerichte bestätigt. Für die Dessauer Polizei schien dieses Grundrecht zumindest am 7. Januar nicht zu gelten: mit brutaler Gewalt wurden mehrere Demonstranten durch Schläge mit Fäusten und Schlagstöcken verletzt. Einer der Mitveranstalter des Gedenkens, Mouctar Bah, musste bewusstlos ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Nicht nur die Polizei macht die Situation für MigrantInnen und Linke zunehmend unerträglich. Wenige Tage später, am 16. Januar, versammelten sich 400 Menschen aus Dessau – unter ihnen bekannte Neonazis – und demonstrierten ungestört mit Sprüchen wie „Ausländer raus“ und „Deutschland den Deutschen“ durch die Stadt in Sachsen-Anhalt. Die Abschlusskundgebung des rassistischen Mobs fand vor dem Polizei-Revier statt, wo sich die TeilnehmerInnen mit dem fremdenfeindlichen und brutalen Vorgehen der Polizei solidarisierten. Am 21. Januar demonstrierten erneut ca. 300 Menschen in Dessau gegen AusländerInnen – Gegenproteste fanden nicht statt.

Die Arbeit der „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.“ benötigt Spenden, um ihre Arbeit gegen Rassismus fortzuführen, Spendenquittungen können ausgestellt werden.

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
Kontonummer: 1233 600
Bankleitzahl: 100 205 00
<http://initiativeouryjalloh.wordpress.com>

Rick

Ausblick und Richtung

In der Gesamtmittgliederversammlung unseres Kreisverbandes am 28. Januar in der Sportschule in Bad Blankenburg stand das Konventionspapier, welches von Mitgliedern der Linkspartei und Mitgliedern der Kreis-SPD erarbeitet und abgestimmt wurde, im Mittelpunkt.

In diesem Zusammenhang und mit Ausblick auf die Landratswahl am 22. April fand die Anwesenheit des SPD-Kreisvorsitzenden Marko Wolfram, die der Landrätin Marion Philipp und die von Richard Dewes auch deshalb eine besondere Aufmerksamkeit, weil es in der Geschichte unseres Kreisverbandes eine solche Teilnahme noch nicht gab. Mit dem Konventionspapier, welches in der Mitgliederversammlung eine breite Zustimmung fand, bestimmen die Kreisverbände die Richtung für die bevorstehende Landratswahl.

Damit wird auch deutlich, dass die Kandidatur der Amtsinhaberin Marion Philipp unterstützt wird. DIE LINKE stellt keinen eigenen Kandidaten für das Amt eines Landrates auf.

Das ist auch deshalb so, weil die Analyse des Kreisvorstandes davon ausgeht, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt der politische Wettbewerb nur zwischen der jetzigen Amtsinhaberin und dem sogenannten unabhängigen Kandidaten Hartmut Holzey, den die CDU stützt, ausgetragen wird.

Politisch stellt sich für uns die Frage, ob das Amt eines Landrates einer linksorientierten Landrätin erhalten bleibt oder von einem sogenannten von Parteien unabhängigen Kandidaten übernommen wird. Letzteres würde bedeuten, dass die CDU das vor Jahren verlorengegangene Terrain zurückerobert.

Auch daraus erwuchs die Überlegung, gemeinsame Schnittmengen zwischen den Parteien und Fraktionen im Kreistag zu suchen. Diese fanden sich mehrfach zwischen der LINKEN und der SPD.

Der gegenwärtige Arbeitsstand lässt aber auch den Schluss zu, dass ein solches Papier (Absprachen) unabhängig von der bevorstehenden Wahl hätte entstehen können. Denn nach 20 Jahren des Zusammenschlusses von Ost und West sind an der Basis und in der Wählerschaft neue Erfahrungen und Weitsichten entstanden. So gesehen könnte das auch eine Signalwirkung über den Landkreis hinaus sein?

Rot – Rot ist eine Möglichkeit auch wenn sie auf Landesebene durch rein subjektive Entscheidungen nicht zu Stande kam.

Das Wahlergebnis aus dem Saale-Orla-Kreis vom 29. Januar könnte auch ein Beleg dafür sein, wie schnell sich die politische Konstellationen ändert, wenn es nicht gelingt entsprechende Mehrheiten zu organisieren.

Klaus Biedermann

Wahlergebnisse der Gesamtmittgliederversammlung

Delegierte zum 3. Bundesparteitag:
Birgit Pätzold und Klaus Biedermann

Nachrücker_innen als Delegierte zum 3. Bundesparteitag:
Franziska Kölbl und Hubertus Grosser

Nachrückerin als Delegierte zum 4. Landesparteitag:
Annerose Bleyer

Beiträge, Termine und LeserInnenbriefe bitte per Mail an

redaktion.anstoss@gmx.de oder an die Geschäftsstelle

Anstoss

Landratswahl - wie weiter?

Wichtigster Tagesordnungspunkt unserer Gesamtmitgliederversammlung am 28. Januar war das „Konventionspapier“ - ein Positionspapier, in dem die Kreisverbände von SPD und LINKEN gemeinsame Vorstellungen über die weitere Arbeit der Kreistagsfraktionen und Erwartungen an einen zukünftigen Landrat aufzeigten.

Wie kam es zu diesem Papier?

Der Landesvorstand hatte uns aufgefordert, Strategien und Ziele für das Wahljahr 2012 zu entwickeln. Wie bekannt ist, werden am 22. April Landräte und hauptamtliche Bürgermeister gewählt. Für die Städte Saalfeld, Rudolstadt und Bad Blankenburg sowie die Gemeinden Kaulsdorf, Probstzella und Gräfenthal waren bzw. sind die Ortsverbände unserer Partei aufgerufen, eine Bürgermeisterkandidatin oder einen -kandidaten zu finden.

Kreisvorstand und Kreisfraktion konzentrierten sich seit Anfang 2011 auf die Landratswahlen. Dabei wurde auch die Möglichkeit eines Kandidaten ohne Parteibuch nicht ausgeschlossen. Bei der Suche nach einem geeigneten Kandidaten stellte sich schnell die Frage, welche Ziele der künftige Landratskandidat anstreben sollte.



Landrätin Marion Philipp spricht auf der Mitgliederversammlung der LINKEN © LINKE SLF-RU

Im Unterschied zu so mancher unglücklichen Personaldebatte auf der Ebene der Bundespartei haben wir also zuerst über inhaltliche Fragen beraten, Varianten entwickelt und auch verworfen. Die personelle Untersetzung sollte erst nach Abschluss dieser Debatte in einem 2. Schritt erfolgen. In enger Abstimmung zwischen Kreisvorstand und Kreistagsfraktion hat der Fraktionsvorsitzende im August 2011 ein Arbeitspapier als Diskussionsgrundlage entworfen. Dieses Papier wurde in den letzten Wochen mehrfach einer kritischen Wertung unterzogen und weiter mit politischen Inhalten gefüllt. Dabei haben die Kreistagsmitglieder ihre bisherigen Erfahrungen aus dem Kreistag einfließen lassen.

Neben vielen kleineren Gesprächsrunden führte der Vorstand eine erste Sondersitzung im Oktober 2011 nur zu diesem Thema durch. Hier ging es um die weitere inhaltliche Abstimmung zwischen Fraktion und Vorstand und die Terminkette.

Der Vorstand ging dann auf die Suche nach einem möglichen Kandidaten. Natürlich haben wir dazu als erstes Gespräche mit den prädestiniertesten Persönlichkeiten und Sympathisanten unseres Kreisverbandes geführt.

Weiterhin hat der Kreisvorstand Anfragen auf Unterstützung der Kandidatur als Landrat von zwei Personen außerhalb unserer Partei bekommen. Als demokratische Partei sind wir zu dem Schluss gekommen, diesen Personen auf

unserer Vorstandssitzung die Möglichkeit zu geben, sich vorzustellen. Beide Bewerber sind dieser Einladung nicht gefolgt. Auf der Sondersitzung des Kreisvorstandes wurde auch die schriftliche Anfrage der SPD behandelt, Frau Marion Philipp als Kandidatin zu unterstützen. Unsere Kreistagsfraktion arbeitet seit der letzten Wahl mit der SPD im Kreistag zusammen. Von den 50 Sitzen im Kreistag verfügen die beiden Fraktionen (Fraktion SPD; BI und Grüne und Fraktion DIE LINKE) über 26 Mandate. Trotz gelegentlicher unterschiedlicher Auffassungen, konnten wir vielfach diese Stimmenmehrheit für eine gemeinsame Politik nutzen. Oftmals trennten uns nicht die Inhalte, sondern unterschiedliche Auffassungen über Mittel und Wege. Unter diesen Gesichtspunkten hatte sich die Mehrheit von Fraktion und Vorstand für eine Prüfung dieser Anfrage ausgesprochen. Dazu wurde unser Arbeitspapier weiter ausgearbeitet und wechselseitig im Vorstand und in der Fraktion sehr kritisch beraten.

Am Ende dieses langen Weges wollten wir dem SPD Kreisvorstand eine Antwort in Form des Arbeitspapiers übergeben. Ziel war es, ggf. auf dieser Basis ein gemeinsames Papier zu entwickeln. In zwei anschließenden Gesprächsrunden mit der SPD wurden die Gedanken weiter geschärft und eine gemeinsame Linie gefunden. Unsere Gespräche im HASKALA verliefen in einer absoluten vertrauensvollen und konstruktiven Atmosphäre. Keiner der Beteiligten hat sich dabei seine Entscheidung leicht gemacht. Wir waren uns immer unserer immensen Verantwortung bewusst. Jeder mögliche Weg in diesem Zusammenhang birgt Chancen und jeder Risiken! Die abschließende Entscheidung über dieses Papier erfolgte deshalb in guter Tradition unserer Partei basisdemokratisch auf der Gesamtmitgliederversammlung. Bei lediglich einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen wurde das Konventionspapier beschlossen und ist damit Grundlage für unsere weitere Arbeit.

Zum Inhalt des noch in Arbeit befindlichen Papiers:

Im 1. Teil, der Präambel, werden grundlegende Feststellungen getroffen. Es wird auf die gute Zusammenarbeit zwischen SPD und LINKEN seit 2009 verwiesen und dass diese Aktivitäten Signalwirkung haben können. Es geht um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit und darum, dass die Schwachen der Gesellschaft Fürsorge erfahren. Es geht um gute Bildungs- und Betreuungsangebote und darum, dass die ökologische Wende mehr ist als „Grüner Kapitalismus“. Und es geht darum, wie mögliche Konflikte behandelt werden können. Im 2. Teil werden kommunalpolitische Zielsetzungen aufgelistet, z.B.

- Kein Verkauf von kommunalem Eigentum
- Wohnortnahe Bildung und Erhalt der Sportstätten
- Förderung der Schulspeisung
- Förderung der Jugendhilfe
- Sicherung des Thüringer Landestheaters und der Thüringer Symphoniker SLF/RU
- Erhalt und Ausbau der Gedenkstätte Laura
- Ausbau der Schlossanlage Schwarzburg
- Tourismus-; Verkehrs- und Wirtschaftskonzepte
- Förderung der ehrenamtlichen Arbeit
- Erschließung weiterer Einsparmöglichkeiten oder sogar Einnahmequellen für den Landkreis über eigene Energiekonzepte

Karsten Treffurth - Kreisvorsitzender

„GegenBANKENmacht“!

Europäischer Kulturtreff und Fest der Musik am 15.01. in der Berliner Volksbühne

Erstmals 2011 fand nach der Ehrung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ein „Europäischer Kulturtreff“ statt – schnell organisiert im Kino KOSMOS. Es war ein voller Erfolg – nur der Veranstaltungsraum war viel zu klein. Dem Wunsch nach Wiederholung trug der Veranstalter Rechnung. Im Sinne des Aufrufs von Mikis Theodorakis und Manolis Glezos an die Völker Europas, sich gegen die Diktatur der Finanzmärkte zu wehren, stand die Veranstaltung unter dem Motto „GegenBANKENmacht“. Eingeladen hatten die Partei der Europäischen Linken (EL) und DIE LINKE für den



Quilapayún aus Chile, zu deren Gründungsmitgliedern Victor Jara gehörte, singen in der Volksbühne Berlin auf der Veranstaltung der LINKEN gegen Bankenmacht © B.Pätzold

Sonntagnachmittag in die Volksbühne – direkt nach Demo und stillem Gedenken. Und der Saal war voll!

Gesine Löttsch eröffnete. Als weitere Redner traten u.a. der Vorsitzende der EL und der Französischen Kommunistischen Partei, Pierre Laurent, sowie Klaus Ernst und Oskar Lafontaine auf. Mit gleicher Begeisterung wie die Redner wurden die Künstlerinnen und Künstler empfangen, unter ihnen die niederländische Gruppe Bots – wer kennt nicht ihr „Was wollen wir trinken, sieben Tage lang“ – und „Neues Glas aus alten Scherben“, Nachfolger der legendären Band „Ton, Steine, Scherben“. Mit besonderer Anteilnahme wurde Quilapayún begrüßt, die chilenische Band, zu deren Gründungsmitgliedern Victor Jara gehört hatte.

Traditionell eröffneten die chilenischen Künstler mit einem Song von Victor Jara. Bei „El pueblo unido“ sang dann der ganze Saal mit...

Am Abend fand die Veranstaltung in der Volksbühne noch eine Fortsetzung. Die Künstler des Nachmittags traten noch einmal auf, diesmal mit längeren Beiträgen. Diether Dehm sang. Wolfgang Gehrcke würdigte das Werk des im November 2011 verstorbenen Franz-Josef Degenhardt. Der Kabarettist Henning Venske begeisterte das Publikum. Und noch einmal sangen alle gemeinsam mit Quilapayún „El pueblo unido“, das Lied der Unidad Popular.

Die Veranstaltung der Europäischen Linken nach der Luxemburg-Liebknecht-Ehrung soll Tradition werden. Der 13. Januar 2013 ist für mich damit schon komplett geplant: 10 Uhr Demo vom Frankfurter Tor zum Friedhof der Sozialisten, am Nachmittag und Abend „Europäischer Kulturtreff“...

Birgit Pätzold

LL-Demo 2012

Alle Jahre wieder-so ging es auch dieses Jahr für zwei Tage nach Berlin! Ganz freiwillig gaben 29 Menschen aus Saalfeld und Umgebung ca. 150 Euro und 2Tage ihres Wochenendes her, nahmen dafür manche Unbequemlichkeit auf sich, um in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde dabeizusein. Es ging wieder um die öffentlichkeitswirksame Ehrung des Kampfes und Lebenswerkes von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anlässlich ihres Todestages. Vor 93 Jahren wurden sie von deutschen Militärs unter dem Kampfruf „Schlagt ihre Führer tot“ umgebracht und in einen Spree-Kanal „entsorgt“. Ihre Verdienst ist es gegen den 1.Weltkrieg gekämpft, am Sturz der kaiserlichen deutschen Regierung und der Ausrufung der Deutschen Republik führend teilgenommen zu haben. Der hauptkriegsschuldige Kaiser floh nach Holland, der Krieg wurde beendet, die Novemberrevolution 1918 in Deutschland erzwungen und die KPD gegründet. Mit uns waren wieder viele Tausende Menschen, viele Berliner mit „Kind und Kegel“ dabei, unterstützt von mildem Winterwetter und Sonnenschein. Eine ergreifende Atmosphäre herrschte, nachdenklich und optimistisch zugleich. Der Einzug der Protestdemonstration aus Tausenden oft jungen Menschen mit roten Fahnen und Transparenten bildete den Höhepunkt des Sonntagvormittags. Dann ging es für uns in die Stadtmitte zum individuellen Teil der Fahrt. Dieses mal sahen wir uns die Hauptstadt von ganz oben an, vom Fernsehturm, bei toller Fernsicht. Ganz in der Nähe war erneut eine Menschenansammlung zu erkennen, die uns neugierig machte. Die Zeit bis zur Rückfahrt reichte noch für einen kleinen Abstecher dahin. Hier fand am Neptunbrunnen eine Protest-demonstration der Berliner Occupy-Bewegung statt! Ca.500 zumeist junge Menschen unter 30 Jahre machten sich per Lautsprecher mit hoher Emotionalität Luft u.a. gegen die Politik der Regierenden bei der Art der Krisenbewältigung, über die Kriegsdrohungen gegen Syrien und den Iran. Ihre Losung „United for GLOBAL CHANGE“-frei: „Vereinigt euch für den weltweiten gesellschaftlichen Wandel! Vor drei Tagen vom Bundeskanzleramt-Vorplatz vertrieben, demonstrierten sie nun erneut dorthin zum Aufstellen ihrer Zeltstadt. Das war für uns ein Tagesabschluß der besonderen Art, für eine bessere Zukunft, im Sinne von Karl und Rosa. Zuletzt von uns ein großer Dank an die Organisatoren der Berlin-Fahrt!

Thomas Müller

Anm.d.Redaktion: Uns erreichte ein fast gleichlautender Artikel zur Berlin-Fahrt von **Sabine Österreicher**, Vorsitzende des Stadtverbandes Saalfeld und Organisatorin der Fahrt. Um Wiederholungen zu vermeiden, möchten wir nur die letzten Zeilen ihrer Zuschrift hervorheben, in denen sie schrieb:

„Die Organisatoren möchten sich nochmals ganz herzlich für die Disziplin und Pünktlichkeit bedanken. Wir hoffen und wünschen, dass wir nächstes Jahr auch wieder mit einem Bus vor Ort sein können und möchten an dieser Stelle auch noch einmal für dieses schöne beeindruckende Erlebnis werben.“

Zitat des Monats:

„Das sind Polizeistaatsmethoden wie in einer Bananenrepublik.“

Oskar Lafontaine am 03.02.2012 in der Süddeutschen Zeitung zur Beobachtung der LINKEN durch den Verfassungsschutz

Mach mit!

Zur Absicherung
der wöchentlichen Öffnungszeiten unserer
Kreisgeschäftsstelle im Erich-Correns-Ring in
Rudolstadt suchen wir Genossinnen und
Genossen, die bereit sind, dienstags
von 10 bis 12 und von 13 bis 15 Uhr mitzuhelfen.
Bereitschaftserklärungen oder Fragen
bitte an die Geschäftsstelle!

13. und 18. Februar nach Dresden



Zum Jahrestag der Bombardierung
Dresdens am 13. Februar 1945
werden auch in diesem Jahr wie-
der zahlreiche Neonazis und Ge-
schichtsrevisionisten durch Dresden
marschieren. Die Sprecherin für
Antifaschismus und Jugendpolitik der Fraktion DIE
LINKE im Thüringer Landtag, Katharina König lädt
alle Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis
Saalfeld-Rudolstadt ein, sich bei den Protesten in
der sächsischen Hauptstadt zu beteiligen. Mit dem
Wahlkreisbüro Haskala organisiert sie in diesem
Jahr wieder zwei Busse von Saalfeld nach Dresden.
Am Montag, dem 13. Februar 2012, findet zuerst
ein Mahngang auf den „Täterspuren“ statt, und im
Anschluss soll dann der Aufmarsch von Tausenden
Neonazis blockiert werden.

Am Samstag, dem 18. Februar 2012, findet nach
derzeitigem Stand kein zweiter Naziaufmarsch in
Dresden statt, dennoch mobilisieren das Bündnis
„Dresden Nazifrei“ und andere in die Stadt, da an
diesem Tag eine große Demonstration gegen das
sächsische Verständnis von Demokratie und die
Kriminalisierung von Anti-Nazi-Protesten stattfin-
det.

Plakate, Flyer und Bustickets (Spendenempfeh-
lung: 5 Euro) können ab sofort im Haskala abgeholt
werden.

Rick aus dem HASKALA

Wir trauern um

Gen.

Ewald Wachsmann

24.09.1930 – 31.12.2011

Wir werden sein Andenken
in Ehren halten.

Basisgruppe Rudolstadt-Cumbach



Einladung zur Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes Saalfeld

Di 14. Feb 2012 - 17:00 Uhr
HASKALA (Saalstr. 38)

Vorläufige Tagesordnung: Nominierung einer Kan-
didatin/eines Kandidaten für die Bürgermeisterwahl
Saalfeld am 22.04.2012



Die Wandergroupe

wandert am 21. Februar bei hoffentlich nicht ganz
so eisigen Temperaturen von den Feengrotten über
die Sauren Wiesen zum Köditzbrunnen in Saalfeld
weitere Infos gibt es bei Gen. Otto Müller (SLF)

Homepage des Kreisverbandes im neuen Gewand

Seit Mitte Januar hat der Kreisverband einen neuen Internet-
auftritt. Im Zuge der Umstellung der Internetpräsenz des
Landesverbandes und damit auch aller Kreisverbände auf
ein moderneres Content-Management-System seit über ei-
nem Jahr, hat unser Kreisverband als einer der letzten nun
auch den Umstieg geschafft. Unter der bekannten Adresse
www.die-linke-saalfeld-rudolstadt.de gibt es jetzt regelmä-
ßig Meldungen aus dem Kreisverband, aus dem Kreistag,
Stellungnahmen und Positionen aus den Stadtverbänden
und Termine - und natürlich auch unseren Anstoß - per klick
online.

Die Homepage ist das Aushängeschild unseres Kreisver-
bandes in der digitalen Welt des Internets. Das gilt nicht
nur für Zeiten, in denen Wahlen stattfinden, sondern gene-
rell. Sie ist für alle interessierten Menschen permanentes
Schaufenster in unsere politische Arbeit, genauso wie Ar-
chiv unserer kommunalpolitischen Arbeit, unserer Aktionen
und unserer Positionen. Der Kreisverband lebt dabei von
eurer Mithilfe. Während für die größeren Stadtverbände
Ansprechpartner benannt werden, sind wir aber auch be-
sonders auf Informationen über politische Entwicklungen
oder andere interessante Dinge aus den kleineren Gemein-
den und Ortsräten angewiesen. Berichtet uns und der Welt
darüber.

Beiträge bitte an redaktion.anstoss@gmx.de oder an die
Geschäftsstelle!

Thomas Pätzold



www.die-linke-saalfeld-rudolstadt.de

**DIE LINKE. ist die einzige im Bundestag vertretene Par-
tei, die keinerlei Großspenden von Industrie und Wirt-
schaft erhält. Und das ist gut so, denn Politik darf nicht
käuflich sein. Für unsere politische Arbeit sind wir auf
deine Unterstützung angewiesen.**

Mach mit bei uns!

DIE LINKE. Saalfeld-Rudolstadt
Kto: 450 022 - BLZ: 830 503 03



Terminkalender

- » **Mo 13. Feb 2012 - 14.00 - 16.00 Uhr** – HASKALA - Sprechstunde für die Saalfelder Basisgruppen
- » **Di 14. Feb 2012 - 14.00 Uhr** – „Zum Pappenheimer“ Saalfeld - Seniorentreff
- » **Di 14. Feb 2012 – 17.00 Uhr** – HASKALA - Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes Saalfeld siehe Seite 7
- » **Fr 17. Feb 2012 – 14.30 Uhr** – Gaststätte Zum Bohlenblick – Dr. Thomas Köhler (ehem. Rennrodler und Vors. DTSB): Die Sportentwicklung in der DDR und der BRD (Es lädt ein der RF-Förderverein.)
- » **Sa 18. Feb 2012** – Dresden – „Block Dresden 2012 Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist“ – Bus-Organisation übers HASKALA
- » **Mo 20. Feb 2012 – 19.00 Uhr** – „Brummochse“ Rudolstadt - Bürgergespräch und öffentliche Beratung Stadtvorstand
- » **Di 21. Feb 2012** – Wandergruppe – siehe Seite 7
- » **Mo 27. Feb 2012 - 19.00 Uhr** – HASKALA - öffentliche Sitzung des Kreisvorstands
- » **Di 06. März 2012 - 18.00 Uhr** – HASKALA - öffentliche Sitzung Stadtvorstand Saalfeld
- » **Sa 10. März 2012** – Frauentagsfeier des Stadtverbandes Saalfeld mit Uschi Amberger – Karten gibt es zur Gesamtmitgliederversammlung am 14.02. und bei den Basisgruppenvorsitzenden
- » **Mo 12. März 2012 - 14.00 - 16.00 Uhr** – HASKALA Sprechstunde für die Saalfelder Basisgruppen
- » **Di 13. März 2012 - 14.00 Uhr** „Zum Pappenheimer“ Saalfeld - Seniorentreff
- » **Mo 19. März 2012 – 19.00 Uhr** – „Brummochse“ Rudolstadt - Bürgergespräch und öffentliche Beratung Stadtvorstand
- » **Di 20. März 2012** – Wandergruppe
- » **Mo 26. März 2012 - 19.00 Uhr** – Weltladen Rudolstadt - öffentliche Sitzung des Kreisvorstands
- » **Di 03. April 2012 - 14.00 Uhr** „Zum Pappenheimer“ Saalfeld - Seniorentreff
- » **Sa 07. April 2012** – Ostermarsch in Ohrdruf
- » **Mi 11. April 2012 – 17.00 Uhr** – HASKALA – Frühjahrsempfang mit Bodo Ramelow
- » **So 22. April 2012** – Wahlen der Landräte und hauptamtlichen Bürgermeister
- » **Fr 25. bis Mo 28. Mai 2012** – Werbellinsee – 20. Pfingsten mit der LINKEN – Anmeldung in der Landesgeschäftsstelle
- » jeden Donnerstag - 19.00 Uhr – HASKALA - Küche für alle
- » jeden Freitag - 16:00 Uhr - HASKALA - Offenes Jugendcafé

Impressum: DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld - Rudolstadt

Erich-Correns-Ring 37 – 07407 Rudolstadt
 Geschäftszeiten: Di 9.30 - 12.00 und 13.00 - 15.30 Uhr
 Tel./Fax: 03672 / 345920 E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de
 Bankverbindung: KSK Saalfeld-Rudolstadt - Kto-Nummer: 450 022 - BLZ: 830 503 03
 Druck: Selbstverlag Preis: Spende
 V.i.S.d.P: Thomas Pätzold Redaktionsschluss: 04.02.2012

Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen persönliche Meinungen des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwährend zu kürzen. Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am **06.03.2012**.
 Zuarbeiten, Beiträge, Wortmeldungen und Termine bitte bis spätestens **29.02.2012** in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden:
redaktion.anstoss@gmx.de

Die nächste Ausgabe kann am Tag der Herausgabe frühestens ab 11.30 Uhr in der Geschäftsstelle Rudolstadt abgeholt werden.

Einladung

Die nächste Mitgliederversammlung der Basisorganisation

ist am _____ um _____ Uhr

im _____

Thema: _____

damals im Februar

- 1./3.2.1947** Die CDU in der britischen Zone verabschiedet das Ahlener Wirtschaftsprogramm
- 5.2.1945** Dr. Theodor Neubauer hingerichtet
- 7.2.1992** Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht zur Wirtschafts- und Währungsunion der EG
- 10.2.1837** Alexander Puschkkin (russischer Dichter) gestorben
- 10.2.1898** Bertolt Brecht geboren
- 13.2.1937** Siegmund Jähn in Morgenröthe-Rautenkranz geboren
- 14.2.1876** Der Amerikaner Elisha Gray und der schottische Physiker Alexander Graham Bell melden Patente auf ihre Telefone an
- 14.2.1982** In Heidelberg wird der „Zentralrat der deutschen Sinti u. Roma“ gegründet
- 15.2.1992** Prof. Dr. Gerhard Riege (MdB, PDS-Fraktion) scheidet aus dem Leben
- 16.2.1936** Wahlsieg der Volksfront in Spanien
- 19.2.1861** In Leipzig wird der erste deutsche Arbeiterbildungsverein gegründet
- 21.2.1848** Das „Kommunistische Manifest“ wird in London veröffentlicht
- 22.2.1840** August Bebel geboren
- 22.2.1943** Hans u. Sophie Scholl werden hingerichtet
- 22.2.1969** Johannes Dieckmann (erster Präsident der DDR-Volkskammer) verstorben
- 23. Februar** In Russland, Belarus, der Ukraine wird seit 1992/93 der „Tag des Verteidigers des Vaterland des“ (ehem. Tag der Sowjetarmee) begangen
- 24.2.1997** Eröffnung der Ausstellung über Verbrechen der deutschen Wehrmacht in München, von Protesten von CSU-Mitgliedern und der rechten Szene begleitet
- 25.2.1965** Die DDR-Volkskammer beschließt das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen“
- 25.2.1991** 6 im Warschauer Vertrag verbliebene Staaten beschließen die Auflösung des Militärbündnisses
- 26.2.1941** Beginn des Einsatzes von KZ-Häftlingen in deutschen Konzernbetrieben
- 28.2.1986** In Stockholm wird der schwedische Ministerpräsident Olof Palme ermordet



Jugend- und Wahlkreisbüro „Haskala“
 Katharina König (MdB)
 Saalstraße 38, 07318 Saalfeld
 Tel.: 03671 - 515489
 Fax: 03671 - 515490
 Web: <http://www.haskala.de>
 Mail: info@haskala.de

Öffnungszeiten:
 Mo 10-16 Uhr
 (Sprechzeit Katharina König)
 Do 15-22 Uhr
 Fr 16-22 Uhr
 (Offenes Jugendcafé)

DIE LINKE.
SAALFELD-RUDOLSTADT
die-linke-saalfeld-rudolstadt.de